

ANTRAG

Antragsteller*in: Gregor Stadler, Felix Schnabl, Moritz Mairhofer, Fritz Noske,
Stephan Götz

Tagesordnungspunkt: 11.2. Weitere Anträge

A14: Lasst uns statt dem Staat die Krise spüren!

Antragstext

Uns, den JUNOS - Junge Liberale NEOS, ist bewusst, dass eine Marktwirtschaft nicht nur aus Phasen des Aufschwungs besteht. Wir sehen Krisen und Phasen des Abschwungs als Situationen, in denen der Staat unterstützend und teilweise abfedernd eingreifen kann. Dennoch muss klar sein, dass der Staat auch in Krisen mit Steuergeld und möglicher neuer Schuldenaufnahme verantwortungsbewusst umzugehen hat. Denn ein aufgeblähter Staat ist ineffizient und hohe Schulden belasten die nächsten Generationen. In der aktuellen Situation umso mehr, da in absehbarer Zukunft noch viele teure Krisen auf uns Junge zukommen - der Klimawandel ist hier ein Beispiel, dessen Bekämpfung viele nachhaltige Investitionen benötigen wird.

Ausgangslage:

Mit der Corona-Krise wurde eine neue Ära eingeleitet: Jede noch so kleine Unannehmlichkeit soll der Staat richten. Staatsquoten stiegen rasant an und Werte jenseits der 50 Prozent gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Dass sich der Staat in Krisen ausweitete und sich danach nicht mehr zurückzieht, ist nicht nur in Österreich zu beobachten. Gerade deswegen benötigt es ein entschiedenes „Nein“ gegen diese Entwicklungen. Denn die Anreize der Politik sind klar: Die Ausweitung ihrer Macht und der von ihnen verwalteten Gelder liegt ganz in ihrem Interesse. Jenes Machtstreben ergibt, gepaart mit der Staatsgläubigkeit vieler Österreicher, einen toxischen Cocktail. Denn obwohl die Regierung aktuell einen starken Vertrauensverlust hinnehmen muss, rufen die Bürger des Landes noch immer bei jedem Problemchen nach dem Staat.

Die Resultate der Corona-Krise sehen wir nun: Überförderung vieler Betriebe und

das Entstehen vieler sogenannter Zombieunternehmen, die nur durch billige Kredite und Staatsunterstützung überleben können. Wenn jemand von der Krise profitiert hat, dann ist es der Staat. Die Gefahr ist groß, dass die aktuelle Phase der Stagflation nur eine weitere Krise ist, die den Staat mächtiger macht.

Aktuelle Situation:

Die aktuelle Kombination aus hoher Inflation und stagnierender Wirtschaftsleistung, also eine Stagflation, stellt Zentralbanken und Regierungen vor eine große Herausforderung. Die letzte große Stagflationsphase begann in den 1970ern. Auch wenn eine Stagflation daher bis jetzt nur sehr selten vorkam, ist die Aufgabenteilung aus ökonomischer Sicht klar: Die EZB als Hüterin der Preisstabilität muss sich um die Inflationsbekämpfung kümmern. Sie muss sich davor hüten, den gleichen Fehler zu machen wie die US-amerikanische Federal Reserve in den 1970ern. Denn damals mussten die Zinsen aufgrund der zuerst zu zögerlichen Geldpolitik auf über 20 Prozent angehoben werden, um die Inflation in den Griff zu bekommen. Das Resultat war eine starke Rezession.

Gleichzeitig sind Regierungen dazu angehalten, die Auswirkungen der hohen Preissteigerungen für die vulnerabelsten Haushalte abzufedern, wenngleich der Sozialstaat nicht dazu dient, jeglichen Wohlstandsverlust auszugleichen. Sie müssen sich aber davor hüten, alle Probleme für alle lösen zu wollen. Aktuelle Forschung zeigt, dass es nicht ausreicht, wenn Zentralbanken ihre Zinssätze erhöhen, um die Inflation einzudämmen. Es benötigt auch eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik, die Geld nicht gedankenlos ausgibt. Dazu gehört nicht, dass die Fiskalpolitik sich weiter über billiges Geld finanziert oder den Schuldenberg durch Inflation schrumpfen lässt, sondern eine angepasste Einnahmen- und Ausgabenpolitik. Es braucht daher nicht nur eine glaubwürdige Zentralbank, die sich ganz der Inflationsbekämpfung widmet. Es braucht ebenso einen Staat, der genauso glaubwürdig eine nachhaltige Schuldenpolitik betreibt. Denn ein Staat, der das nicht tut und Geld aus dem Fenster wirft, heizt die Inflation weiter an. Umso mehr, wenn er diese Schulden nicht nachhaltig wieder abbauen wird.

(https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=4205158)

(<https://www.journals.uchicago.edu/doi/full/10.1086/674588>)

Auch wenn die Aufgabenteilung klar ist, zeigen die letzten Monate, dass sowohl Zentralbank als auch Regierung an der Erfüllung dieser Aufgaben kolossal scheitern. Die bisherige Performance ist mehr als unzufriedenstellend.

1. Nationalstaatliche Ebene:

Mit ihrer bisherigen Strategie, jedem Bürger die Kosten der Teuerung zu ersetzen, erreicht die Regierung nur eines: eine weitere Anfachung der Inflation durch viel zu hohe Staatsausgaben. Diese Entwicklungen sind auch global zu sehen und werden von internationalen Forschungsinstituten wie

etwa dem IWF kritisiert. Zudem lässt eine expansive Finanzpolitik gemeinsam mit völlig ungerichteten Auszahlungen an Bürgern die Konsumausgaben und Nachfrage stark ansteigen, das Angebot aber nur schwer darauf reagiert. Ein solches Vorgehen kurbelt die Inflation nur noch weiter an.

Obwohl die Steuereinnahmen in Österreich durch die hohe Inflation steigen, müssen obendrein noch Schulden aufgenommen werden. Gestiegene Zinsen, die mit der Inflationsbekämpfung der Zentralbank einhergehen, belasten den Staatshaushalt bei Neuschuldenaufnahme zusätzlich.

2. EZB:

Dass die Zeiten niedriger Inflation vorbei sind, haben viele Zentralbanken in Industrieländern lange nicht ernst genommen. Die EZB war jedoch die Zentralbank, die von allen Währungsräumen am längsten brauchte, um dies zu realisieren. Auch danach verhinderte ihr zaghafte Verhalten eine zeitgerechte Anhebung des Leitzinses. Dadurch kamen die Zinserhöhungen zu spät und die EZB setzte ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

(<https://personal.lse.ac.uk/reisr/papers/22-whypi.pdf>) Der Euro hat deshalb im vergangenen Jahr massiv gegenüber anderen Währungen, wie etwa dem Dollar oder dem Schweizer Franken, abgewertet. Die gemeinsame Währung ist durch das zögerliche Handeln zur Weichwährung geworden, wodurch zusätzliche Inflation importiert wird.

Forderungen:

Die JUNOS - Junge Liberale NEOS treten für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Krisen ein. Insbesondere eine Periode der Stagflation verlangt ein vorsichtiges Vorgehen mit Fingerspitzengefühl. Deshalb fordern wir:

Nationalstaatliche Ebene:

- Neben richtigen Maßnahmen, wie etwa die Abschaffung der Kalten Progression oder die Valorisierung der Sozialleistungen, gleichen die bisherigen Anti-Teuerungsmaßnahmen der österreichischen Regierung einem Fleckerlteppich. Sie verteilen Geld mit der Gießkanne, statt zielgerichtet zu wirken. Im Angesicht der steigenden Inflation sollte man sich darauf fokussieren, effektiv jene zu unterstützen, die Hilfe tatsächlich nötig haben. Das passiert nicht durch weitere kleinteilige Gießkannenmaßnahmen, wie etwa der Aussetzung einer Gebührenerhöhung oder dem Antiteuerungsbonus, sondern z.B. durch fokussierte Einmalzahlungen, die Personen erhalten, die bereits bestimmte Sozialleistungen beziehen. Gießkannenmaßnahmen verstärken nur die inflationären Tendenzen und sind damit in der jetzigen Situation kontraproduktiv.

- Von innerstaatlich gedoppelten Maßnahmen sollte abgesehen werden. Die Lösungen sollten vorrangig bundesweit umgesetzt werden, um ineffiziente Überschneidungen und weitere Überförderungen zu vermeiden.
- Panische, undurchdachte Schnellschüsse wie etwa Steuern auf sogenannte „Zufallsgewinne“ sind häufig populistischer Natur und strikt abzulehnen. Diese haben langfristig schädliche Auswirkungen auf Marktdynamiken und die Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandortes.
- Vielmehr sollte die Regierung sich jetzt darauf fokussieren, auch mittel- und langfristige, angebotsseitige Maßnahmen auszuarbeiten. Dazu gehört zum einen der Ausbau Erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Zum anderen muss aber auch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Um das Arbeitskräfteangebot zu erweitern, muss auch das Pensionsantrittsalter weiter angehoben werden. Denn eine Erweiterung des Angebots ist nicht nur für den Umstieg im Kampf gegen den Klimawandel notwendig - sondern auch, um dem Lohn- und Inflationsdruck, der mit einem geringen Angebot einhergeht, entgegenzutreten.
- Um der beständigen Ausweitung des Staates in Zukunft entgegenzutreten, sollte Österreich neben einer Schuldenbremse eine zusätzliche Ausgabenbremse im Verfassungsrang einführen.
- Außerdem muss, wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS gefordert, ein Sparplan erstellt werden, welcher festlegt, wie nach der Krise glaubhaft der Schuldenstand abgebaut werden kann.

EU-Ebene:

- Bisherige Maßnahmen auf EU-Ebene, wie etwa der Vorschlag eines Preisdeckels, sind abzulehnen. Preissignale sind das beste Mittel, um in der aktuellen Energiekrise die notwendigen Einsparungen zu erreichen. Preise bringen Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht, während Preisdeckel die Nachfrage nur weiter erhöhen und schlussendlich zu echten Knappheiten führen können. Dementsprechend sind Einsparungsziele vorzuziehen.
- Des Weiteren sind Lösungen wie etwa ein Einkaufskartell eine gute Möglichkeit, um vereint gegenüber den Anbietern gute Energiealternativen für die Union zu beschaffen.
- Eine weitere Aussetzung der Fiskalregeln ist abzulehnen. Nach der Krise

sollen die bereits bestehenden Fiskalregeln wieder bindend werden.
Zusätzlich benötigt es eine Reform, die die Einhaltung der Fiskalregeln
bindender macht und den Verhandlungsspielraum verkleinert.

EZB:

- Kaum hat die EZB begonnen, die Zinsen zu erhöhen, überlegt sie bereits, wann damit wieder Schluss ist. Obwohl es zwischen neun Monate und zwei Jahre dauert, bis die bisherigen Zinsschritte einen dämpfenden Effekt auf die Inflation aufweisen, sollte die EZB trotzdem nicht zu schnell damit aufhören. Denn in der aktuellen angebotsseitigen Krise ist es besonders wichtig, dass die EZB ihre Glaubwürdigkeit behält und die Inflationserwartungen beim ursprünglichen Inflationsziel von zwei Prozent bleiben. Ansonsten ist die Gefahr hoch, dass die Inflation sich noch länger auf einem hohen Niveau verfestigt oder sogar verselbstständigt.
- Weitere Programme, wie etwa das TPI, im Rahmen dessen die EZB zusätzliche Staatsanleihen kaufen möchte, wenn die Zinsen auf diese nach eigenem Ermessen zu hoch sind, sind abzulehnen.
- Wie bereits von den JUNOS - Junge Liberale NEOS beschlossen, sollte sich die EZB ausschließlich auf ihr Mandat der Erhaltung der Preisstabilität fokussieren. Wir sehen, dass die vergangene Geldpolitik die EZB in eine Sackgasse manövriert hat, in welcher Inflationsbekämpfung wegen der zu hohen Schuldenstände der Mitgliedsstaaten nur beschränkt verfolgt wurde. Dieses Problem der "fiskalischen Dominanz", in welcher sich die Geldpolitik der Fiskalpolitik unterordnet, muss in Zukunft vermieden werden.